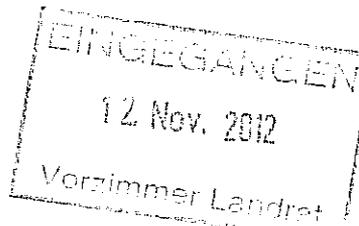


Kreistagsfraktion
Fraktionsvorsitzender
Karl-Wilhelm Hild
Paradoxweg 7
48231 Warendorf
Tel. 02581 789 4984
Fax.02581 789498

Herrn
Landrat Dr. Olaf Gericke
Waldenburger Str. 2
48231 Warendorf



09.11.2012

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke!

Zu den Beratungen zum Haushalt im Sozialausschuss stellt die CDU-Kreistagsfraktion nachfolgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden ein Konzept zum Umgang mit Investorenfragen für den Bau von stationären Altenpflegeeinrichtungen zu erstellen.

Begründung:

Seit Wegfall der kommunalen Bedürfnisprüfung werden im Kreis Warendorf immer mehr stationäre Einrichtungen der Altenpflege errichtet.

Das Verhältnis der vollstationären Plätze zur Einwohnerzahl ist dabei sehr unterschiedlich. Besonders viele Altenheimplätze gibt es in der Gemeinde Wadersloh und weitere Plätze sind dort bereits in Planung.

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat festgestellt, dass es im Kreis Warendorf im Verhältnis zur ambulanten Pflege zu viele stationäre Pflegeplätze gibt.

Diese Entwicklung belastet den Kreishaushalt und damit die Umlage für die Städte und Gemeinden erheblich. So wendet der Kreis Warendorf allein für den Haushalt 2013 15 Millionen Euro auf. Die Kosten haben sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt und ein Ende der Steigerungsraten ist angesichts weiterer Planungen nicht absehbar.

Die meisten Menschen wollen aber, auch wenn sie pflegebedürftig sind, lieber Zuhause Wohnen bleiben und dort gepflegt werden. Dies muss ermöglicht werden. Gleichzeitig sind alternative Wohnformen zu entwickeln. Angebot schafft Nachfrage und unterläuft unsere Zielsetzung: ambulant vor stationär! Deshalb muss umgesteuert werden!

Die Landesregierung wird lt. Koalitionsvereinbarung prüfen, ob den Kommunen im Rahmen kommunaler Pflegeinstrumente bei stationären Pflegeeinrichtungen ein Versagungsgebot ermöglicht werden kann. Bis dahin sollte im Kreis Warendorf im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden ein Konzept erstellt werden, wie mit Investorenfragen für den Bau von Altenpflegeeinrichtungen umgegangen werden soll.

Hierdurch wäre ein konkreter und aktiver, kommunaler Beitrag zur Vermeidung zukünftiger Umlageerhöhungen möglich, ein Ziel, das angesichts der angespannten Haushaltslagen auch die Städte und Gemeinden mit dem Kreis gemeinsam verfolgen sollten.

Ziel sollte es daher sein, dass nur noch solche Altenpflegeeinrichtungen ermöglicht werden, bei denen die Pflegebedarfsplanung des Kreises hierfür den Bedarf feststellt.

Mit freundlichem Gruß!

Karl-Wilhelm Hild
- Vorsitzender -

